

# Publizierbarer Zwischenbericht

Gilt für Studien aus der Programmlinie Forschung

## A) Projektdaten

Allgemeines zum Projekt	
<b>Kurztitel:</b>	ClimMobil
<b>Langtitel:</b>	Judicial and policy responses to climate change-related mobility in the European Union with a focus on Austria and Sweden
<b>Zitiervorschlag:</b>	Ammer, M. und Mayrhofer, M. (2020) Judicial and policy responses to climate change-related mobility in the European Union with a focus on Austria and Sweden, 2. Publizierbarer Zwischenbericht, Wien.
<b>Programm inkl. Jahr:</b>	ACRP11, 2018
<b>Dauer:</b>	01.10.2019-01.01.2022
<b>KoordinatorIn/ ProjekteinreicherIn:</b>	Ludwig Boltzmann Gesellschaft – Institut für Menschenrechte
<b>Kontaktperson Name:</b>	Dr. Margit Ammer Dr. Monika Mayrhofer
<b>Kontaktperson Adresse:</b>	Freyung 6 (Schottenhof) 1. Hof, Stiege II, 1010 Wien
<b>Kontaktperson Telefon:</b>	+43 (0) 1 4277 27451 +43 (0) 1 4277 27462
<b>Kontaktperson E-Mail:</b>	margit.ammer@univie.ac.at monika.mayrhofer@univie.ac.at
<b>Projekt- und KooperationspartnerIn (inkl. Bundesland):</b>	Raul Wallenberg Institute of Human Rights and Humanitarian Law, Sweden Dr. Matthew Scott
<b>Projektgesamtkosten:</b>	249.927,00 €
<b>Fördersumme:</b>	249.927,00 €
<b>Klimafonds-Nr:</b>	KR18AC0K14747
<b>Zuletzt aktualisiert am:</b>	28.10.2020

## B) Projektübersicht

Details zum Projekt	
<p><b>Kurzfassung:</b>            Max. 2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen            Sprache: Deutsch</p>	<p>Der Klimawandel stellt einen immer wichtigeren Faktor in Bezug auf Migration und Flucht dar. Obwohl die meisten betroffenen Personen in ihren Herkunftsregionen bleiben (werden), werden einige von ihnen auch in Europa (inkl. Österreich) Schutz suchen. Jedoch ist der rechtliche Status dieser Menschen nur unzureichend geklärt und gewährleistet („normative protection gap“). Das Forschungsprojekt hat zum Ziel, den momentanen und potentiellen Geltungsbereich des internationalen Schutzes sowie andere Schutzformen (z.B. humanitärer Schutz) in der Europäischen Union, insbesondere in Österreich und Schweden, zu analysieren.</p> <p>In einem ersten Schritt wird der rechtliche Status Quo auf globaler und europäischer Ebene (Genfer Flüchtlingskonvention, internationale Menschenrechte) analysiert. In einem zweiten Schritt wird relevantes EU-Recht, insbesondere die EU-Qualifikationsrichtlinie, untersucht. In der Analyse des Anwendungsbereiches des internationalen Schutzes werden insbesondere soziale Faktoren wie beispielsweise Ungleichheit und Diskriminierung, die auch eine wichtige Rolle hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels und in Bezug auf klimawandelbezogene Formen der Mobilität spielen, berücksichtigt. Um die rechtlichen Fragen in einen breiteren internationalen politischen Kontext zu betten, werden auch aktuelle internationale institutionelle und politische Entwicklungen in Bezug auf klimawandelbezogene Mobilität analysiert und ihre Implikationen für Österreich und Europa untersucht.</p> <p>Zentrales Element des Forschungsprojektes sind Fallstudien zu Österreich und Schweden, im Zuge deren nationales Recht und Rechtsprechung aus einer internationalen und europäischen Rechtsperspektive analysiert wird.</p> <p>Aufbauend auf diesen rechtlichen und politikwissenschaftlichen Analysen sollen</p>

Details zum Projekt	
	Empfehlungen an politische Akteure und Akteurinnen verfasst werden.
<b>Executive Summary:</b> Max. 2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen Sprache: Englisch	<p>Climate change is becoming an increasingly important factor with regard to migration and displacement. Although most persons affected by climate change-related mobility remain in their regions of origin, some of them (will) arrive in Europe, including in Austria. However, the legal status of persons arriving in Europe in this context is still inadequately addressed (normative protection gap). The project aims at investigating the current and potential scope of international protection as well as other forms of protection (in particular humanitarian protection) for persons displaced in the context of climate change in the EU, in particular in Austria and Sweden.</p> <p>In a first step the status quo at the global level as well as regional European level (Geneva Refugee Convention, international human rights law) is analysed. In a second step, relevant EU law, in particular the EU Qualification Directive, is assessed. In analysing the scope of international protection, social factors, such as inequality and discrimination, that are important dimensions concerning the impact of climate change in general and in the context of climate change-related displacement in particular, are taken into account. For the purpose of embedding the legal questions into a broader international policy framework, the latest international institutional and policy developments in the context of climate/environmental change-related mobility and their implications for Austria and Europe will be analysed.</p> <p>Case studies on Austria and Sweden as two EU Member States are conducted to explore and analyse the situation at national level. National legal frameworks and jurisprudence will be assessed in the light of international law and EU legal standards.</p> <p>Finally, the proposed project aims at drafting recommendations as how to address normative gaps.</p>

<b>Details zum Projekt</b>	
<p><b>Status:</b> Min. ein Aufzählungspunkt, max. 5 Aufzählungspunkte Max. 500 Zeichen inkl. Leerzeichen pro Aufzählungspunkt</p>	<p>Die Recherchearbeiten zu WP 1 „Explorative Phase“, das den momentanen Forschungsstand zum sogenannten „normative protection gap“ (Schutzlücke) und einen Überblick über aktuelle internationale rechtliche, politische und wissenschaftliche Entwicklungen zum Thema Mobilität im Kontext des Klimawandels erarbeiten soll, stehen vor dem Abschluss. Die meisten Interviews mit internationalen Stakeholdern wurden durchgeführt und werden momentan ausgewertet. (Sept. 2020)</p> <p>Pre-Studies zu Schweden und Österreich, den Ländern zu denen Fallstudien durchgeführt werden, wurden erarbeitet (WP 2). Sie enthalten u.a. Informationen zum rechtlichen und institutionellen Rahmen in Bezug auf internationalen Schutz und zu anderen relevanten Schutzkategorien, einen Überblick über Daten zu Immigration und Asyl in Ö und SWE und eine Übersicht über mögliche nationale Interviewpartner*innen. (Sept. 2020)</p> <p>Weiterentwicklung der Methodologie (WP 2): Die methodologischen Schritte wurden erarbeitet und festgelegt; eine Coding Struktur für ein qualitatives Datenanalyseprogramm wurde entwickelt und eine Pilotphase zur Testung der Methodologie durchgeführt. (Aug. 2020)</p> <p>Rechtliche Datenbanken in Ö und SWE wurden auf gerichtlichen Entscheidungen über internationalen Schutz durchsucht. Kriterien zur Auswahl eines Samples wurden festgelegt und mit der Codierung und Analyse der ausgewählten Entscheidungen wurde begonnen. (Sept. 2020)</p>
<p><b>Wesentliche (geplante) Erkenntnisse aus dem Projekt:</b> Min. ein Aufzählungspunkt,</p>	<p>In WP 1 wurde festgestellt, dass es eine große Anzahl von neuen institutionellen und politischen Entwicklungen zum Thema Klimawandel und Mobilität auf internationaler Ebene gibt und dass die von internationalen Institutionen und Akteuren verfassten Empfehlungen auch für Österreich</p>

## Details zum Projekt

max. 5  
Aufzählungspunkte  
Max. 500 Zeichen inkl.  
Leerzeichen pro  
Aufzählungspunkt

relevant sind. Des Weiteren wurde sowohl die Bedeutung der Intersektionalität unterschiedlicher Formen von Ungleichheit und Diskriminierung als auch der Wechselbeziehung zwischen Mobilität, Konflikt und Klimawandel als wichtige Punkte für die Fallstudien erarbeitet.

Die Vermutung, dass Klimawandel schon eine Rolle hinsichtlich der Migration oder Flucht von Menschen nach Europa spielt, wurde durch die hohe Anzahl von Gerichtsentscheidungen zum internationalen Schutz, die klimawandelbezogene Schlagworte beinhalten, bestätigt. Sowohl in Österreich als auch in Schweden spielen klimawandelbezogene Faktoren in Asylprozessen, vor allem hinsichtlich der Gewährung von subsidiären Schutz, eine Rolle.

Umweltfaktoren spielen aber selten alleine eine ausschlaggebende Rolle in den bereits analysierten Entscheidungen, sie werden meist in Zusammenspiel mit anderen Faktoren wie beispielsweise Gender, Alter, Gesundheitsstatus, Bildung, Angehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, Familienstatus diskutiert. Auch der breitere kollektive Kontext, wie Konflikt, Gewalt, Sicherheit, Wirtschaft, sind wichtige Faktoren, die in Zusammenhang mit Umweltfaktoren in Gerichtsentscheidungen miteinfließen.

Diese Projektbeschreibung wurde von der Fördernehmerin/dem Fördernehmer erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie die barrierefreie Gestaltung der Projektbeschreibung, übernimmt der Klima- und Energiefonds keine Haftung.

Die Fördernehmerin/der Fördernehmer erklärt mit Übermittlung der Projektbeschreibung ausdrücklich über die Rechte am bereitgestellten Bildmaterial frei zu verfügen und dem Klima- und Energiefonds das unentgeltliche, nicht exklusive, zeitlich und örtlich unbeschränkte sowie unwiderrufliche Recht einräumen zu können, das Bildmaterial auf jede bekannte und zukünftig bekanntwerdende Verwertungsart zu nutzen. Für den Fall einer Inanspruchnahme des Klima- und Energiefonds durch Dritte, die die Rechteinhaberschaft am Bildmaterial behaupten, verpflichtet sich die Fördernehmerin/der Fördernehmer den Klima- und Energiefonds vollumfänglich schad- und klaglos zu halten.